



### Angela Merkel: **Erfolg** braucht Geschlossenheit

**Liebe Freunde,**  
wir haben in Dresden hart  
gearbeitet, und wir können  
mit Fug und Recht sagen:  
Wir haben die inhaltliche  
Konzeption und das Rüst-  
zeug für die Auseinander-  
setzung im Bundestagswahl-  
kampf im nächsten Jahr.

Wir haben mit unserem  
Leitantrag „Freie Men-  
schen. Starkes Land“ ge-

sagt, wohin die Reise in  
Deutschland gehen soll: ■  
in eine sichere Zukunft, ■  
in eine Welt, in der die Verän-  
derungen, die wir wollen,  
unserer Verwurzelung in  
Tradition, Kultur und Reli-  
gion nichts anhaben.

Wir sind im 21. Jahrhun-  
dert angekommen. Das ist  
die Aussage des 14. Partei-  
tags. (Fortsetzung Seite 2)

Frohe  
Weihnachten  
und ein  
glückliches  
und  
erfolgreiches  
neues Jahr!

Die nächste  
UID-Ausgabe  
erscheint am  
17. Januar 2002

## SCHLAGZEILEN

++ Merkel macht der CDU Mut (Frankfurter Allgemeine Zeitung) ++ Kämpferische Angela Merkel begeistert den CDU-Parteitag (Hannoversche Allgemeine Zeitung) ++ Merkel schwört Union in Dresden auf Wahlkampf ein (Thüringer Allgemeine) ++ CDU sammelt sich hinter Merkel (Neue Osnabrücker Zeitung) ++ Merkel beschwört den Kampfgeist der CDU (Süddeutsche Zeitung) ++ Parteitag: Die CDU ist kampfbereit (Hamburger Abendblatt) ++ Sechs Minuten Beifall für Angela Merkel (Bild Zeitung) ++ 6 Minuten, 32 Sekunden (Handelsblatt) ++ La-Ola-Wellen für Angela Merkel (Köln-Express) ++ Die Vorsitzende (Sächsische Zeitung) ++ CDU stellt sich hinter kämpferische Merkel (Ostseezeitung) ++ Die Vorsitzende trifft den Ton (Generalanzeiger, Bonn) ++ Angela Merkel hat die Herzen erreicht (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) ++ Die heimliche Macherin (Rheinische Post) ++ Mit jeder Faser siegen wollen (Sächsische Zeitung)

# Wir gehen mit vollem Elan ins nächste Jahr

Fortsetzung von Seite 1

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten Sozialdemokraten und Grüne hart angreifen. Wir werden uns nicht mehr angiften und diffamieren lassen, sondern Attacke machen - klar in der Sache, immer freundlich im Ton, aber unbeirrt auf den Sieg ausgerichtet.

## Hohes Maß an Gemeinsamkeit bewiesen

Der Dresdener Parteitag hat nicht nur Kampfeslust gezeigt, sondern auch ein hohes Maß an Gemeinsamkeit - Gemeinsamkeit innerhalb unserer großen Volkspartei.

## KOMMENTARE

**MERKELS TAG.** Kampfesmut in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, Geschick im Umgang mit der eigenen Basis, programmatisches Selbstbewusstsein, Demonstration des Vertrauens in die eigene Kraft - in all diesen Punkten hat die Parteichefin die Erwar-

Es ist ja nicht immer einfach, zwischen den Interessen z.B. der neuen und alten Bundesländer einen gemeinsamen Weg zu finden. Wir haben ihn gefunden - mit dem Beschluss „Im Osten was Neues“. Und wir haben ihn gefunden zwischen den Flügeln unserer Partei, die sich mehr für Wirtschaft verantwortlich fühlen, und denen, die mehr die Arbeitnehmer vertreten.

Wir sind ein gutes Stück auf dem Weg zu einer Gemeinsamkeit der Generationen vorangekommen. Die junge Generation - vertreten durch die Junge Union - und die ältere Generation - vertreten durch die Senioren-Union - haben in den letzten

tungen der Delegierten erfüllt. (Generalanzeiger)

**NEUER MUT.** CDU in Dresden: eine Partei, die ihre Niederlage verkraftet und verarbeitet hat. Ihre Kampfmoral ist erneuert. Sie hat neuen Mut gefasst - Mut sogar, sich schwierigen Fragen zu stellen und mit Tabus zu brechen. Das ist gut für die Partei, das ist gut für Deutsch-



Jahren viele Anstrengungen unternommen, um die Alterssicherung auch in Zukunft verlässlich zu machen.

Alles in allem: Es ist uns mit dem Parteitag in Dresden gelungen, die verschiedenen Gruppen in unserer Partei auf einem gemeinsamen Fundament zu einem Programm zusammenzuführen, mit dem wir in den nächsten Monaten die politische Auseinandersetzung mit unserm politischen Gegner bestreiten werden.

Wir haben schließlich in der Union Gemeinsamkeit zwischen Christlich-Demokratischer Union und Christlich-Sozialer Union gezeigt. Mache sich keiner etwas vor: Wenn es jemals gelingen sollte, uns auseinander zu bringen, dann hätten wir jede Wahlchance verloren.

land. Denn Demokratie lebt von Alternativen. (Westdt. Allg. Zeitung)

**ANGESTECKT.** Die Delegierten ließen sich vom Kampfgeist ihrer Vorsitzenden anstecken. Sie machten deutlich, dass die Bundestagswahl 2002 nicht abgeschrieben haben. Zum Stimmungsumschwung hat Merkels Rede erheblich

## Viele Stunden aktiv gearbeitet und etwas sehr Wichtiges geleistet

Die 1001 Delegierten des 14. Parteitags sind Dienstag vor einer Woche mit dem Bewusstsein nach Hause gefahren, viele Stunden aktiv gearbeitet und etwas sehr Wichtiges geleistet zu haben. Sie werden in ihren Orts- und Kreisverbänden davon berichten, weitersagen, was sie in Dresden erlebt haben - ihren Freunden, ihren Kollegen, den Parteimitgliedern, die sie geschickt haben, und ihnen einfach sagen:

Es war prima, wir sind kampfeslustig und siegesgewiss. Wir gehen mit vollem Elan in die Auseinandersetzungen des nächsten Jahres.

beigetragen. (Hamburger Abendblatt)

**TRITT GEFASST.** Dresden war der 4. Parteitag der CDU nach der verlorenen Bundestagswahl. Er war der erste, an dem die Partei als ganze wieder Tritt fassen konnte. Die Zeit der konkurrierenden Flügel, der Senioren-, der Frauen- und der Jungen Union, der Arbeitnehmer-

und der Arbeitnehmerflügel, scheint vorüber zu sein. (Die Welt)

**GRUSSWORT.** Edmund Stoiber hat auf dem Parteitag einen wesentlichen Beitrag zur Geschlossenheit der Union geleistet. Es gab keinen Versuch, sich um jeden Preis als der bessere Bewerber zu profilieren, nicht das Bestreben, Unterschiede zur CDU scharf herauszuarbeiten. Auch trug ihm das Lob für die Merkel-Rede Sympathien ein. Ein fairer Auftritt. (Neue Osnabrücker Zeitung)

**AUF ANGRIFF.** Angela Merkels Signal von Dresden lautet: Schluss mit der Defensive, die CDU spielt jetzt auf Angriff. Dabei will sie auch den Bundeskanzler nicht ausnehmen, dem sie einen ruinösen Umgang mit der Wahrheit vorwirft. Gleichsam zum Mitschreiben wird die CDU in den kommenden Monaten die Ankündigungen und Versprechungen von Schröder den Fakten gegenüberstellen, insbesondere auf dem Feld der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. (Hannoversche Allgemeine Zeitung)

# Deutschland muss **nachsitzen**

Deutschland, das „Land der Dichter und Denker“, ist bei der Lesekompetenz seiner Schüler im internationalen Vergleich nicht einmal mehr Mittelmaß. Wir wollen es kaum wahr haben, aber mit dieser unangenehmen Botschaft werden sich nicht nur die Bildungspolitiker in unserem Land beschäftigen müssen. Die PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) hat es ans Licht gebracht.

Nach dem Schreck über die mäßigen Leistungen deutscher Schüler im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich wird uns jetzt von der OECD bescheinigt, dass wir auch in der Beherrschung der wichtigsten Kulturtechnik nicht mehr das sind, was wir einmal waren.

## Heilsamer Schock

PISA kann sich jedoch als heilsamer Schock erweisen. An der Studie kann man nicht einfach vorbeisehen und zur Tagesordnung übergehen. Sie wird die Diskussion über Qualität und Evaluation unserer Schulen vor-

WIR MÜSSEN  
ÜBER DEN  
STELLENWERT  
UND DIE  
PFLEGE UNSE-  
RER SPRACHE  
DISKUTIEREN

antreiben. Wir müssen der Wahrheit ins Auge blicken und uns fragen: Was müssen unsere Schulen leisten, und wie können sie es am besten leisten? Wir müssen über Unterrichtsinhalte sprechen, über didaktische Konzepte und auch über die finanzielle Ausstattung unseres Bildungssystems. Aber Politik und Gesellschaft dürfen die uns von PISA gestellten Aufgaben nicht einfach bei den Schulen und Lehrern abladen und sagen: Nun macht mal schön. Wir brauchen auch eine möglichst viele Aspekte berücksichtigende Diskussion über den Stellenwert und die Pflege unserer Muttersprache.

Lehrer können nur auf dem aufbauen, was Kinder von zu Hause mitbekommen. Auch die Eltern müssen ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden. Deshalb alarmiert es uns,

wenn Sprachheilpädagogen berichten, dass heute zwanzig Prozent der Erstklässler unter Sprachentwicklungsstörungen litten. Hier wird die Schule von vornherein zum Reparaturbetrieb.

## „Zappen im Buch“

Im vergangenen Jahr haben die 12 bis 19 Jahre alten Jugendlichen im Durchschnitt mehr als drei Stunden täglich vor dem Fernseher zugebracht. Hinzu kommt noch die am Computer verbrachte Zeit. Die Bedeutung des Lesens nimmt dagegen ab. PISA zeigt, dass wir in einem Punkt Weltspitze sind, leider: 42 Prozent der Befragten gaben an, sie läsen nicht zum Vergnügen. In einer Studie der Stiftung Lesen bejahten 1992 noch 46 Prozent der Befragten, dass zu Hause auf die Lektüre guter Bücher geachtet werde, 2000 waren es nur noch 25 Prozent. Zudem greift das „zappen im Buch“ gerade unter den 14- bis 19jährigen um sich. Jeder dritte Jugendliche gibt an, nur noch die interessantesten Passagen von Büchern zu lesen. In diesem Häppchenlesen zeigt sich



der Einfluss von Computer und Fernsehen. „Maschinenstürmerei“ ist jedoch nicht angezeigt.

Eine klare Sprache ist der Ausdruck klaren Denkens. Dieser Sachverhalt sollte uns einige Anstrengungen wert sein, denn es geht um die Zukunft unserer jungen Menschen. Sprachkompetenz ist eine grundlegende Voraussetzung für beruflichen Erfolg und Teilhabe an der Demokratie. Der Erwerb dieser Kompetenz muss deshalb im Mittelpunkt unserer bildungspolitischen Anstrengungen stehen. Deutsch muss als wichtigstes Kernfach an allen Schularten einen größeren Stellenwert bekommen.

### Leistung wieder positiv belegen

Der Unterricht muss praxisbezogener werden. Die leistungsschwächeren Schüler müssen ebenso wie die leistungsstarken besondere auf sie zugeschnittene Lernangebote erhalten. Wir brauchen klare Qualitätsstandards und zentrale Abschlussprüfungen an allen weiterführenden Schulen. Die Begriffe Leistung und Anstrengung müssen in unserem Bildungswesen wieder positiv belegt sein, das hat PISA uns klar vor Augen geführt. Wir brau-

chen einen neuen Bildungshunger in Deutschland.

Das muss im Übrigen auch für unsere ausländischen Mitbürger gelten. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass gerade bei den jüngeren, oft schon in Deutschland geborenen Ausländern die Deutschkenntnisse offenbar immer schlechter werden. Rund ein Drittel der türkischen Kinder in Deutschland verfügt bei der Einschulung über keine oder nur geringe Deutschkenntnisse.

Diesen Mangel in der Schule zu beseitigen, ist sehr mühsam, oft unmöglich. Die Sprachprobleme der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat nicht nur zu Deutschlands schwachem Abschneiden bei der PISA-Studie beigetragen. Für die Kinder und Jugendlichen selbst sind die Konsequenzen am schlimmsten. Schulabbruch, Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von Sozialhilfe sind oft programmiert. Integration setzt Sprachkompetenz voraus und sie kann nur gelingen, wenn auch die Zuwanderer etwas dafür tun.

Deswegen wollen wir auch obligatorische Integrationskurse, in denen der Erwerb der deutschen Sprache ein wichtiger Bestandteil ist. Vor allem müssen aber ausländische Eltern stärker dar-

auf achten, dass ihre Kinder frühzeitig Deutsch lernen. Für uns Deutsche ist der souveräne Umgang mit unserer Sprache jedoch nicht nur Voraussetzung für Erfolg in Schule und Beruf.

### Ein Schatz, der gepflegt werden muss

Die Sprache ist auch der wichtigste Bestandteil der kulturellen Identität eines jeden Volkes. Für die Pflege kultureller Traditionen haben wir in Deutschland immer viel Verständnis und Interesse – bei anderen, insbesondere wenn es sich um Exotisches handelt. Wir müssen aber begreifen, dass unsere Sprache ein Schatz ist, der es verdient, gepflegt zu werden. Viele Menschen betrachten nicht zuletzt deshalb die Globalisierung mit Sorge, weil sie den Verlust kultureller Identitäten befürchten. Deshalb muss man nicht sofort nach einem Gesetz zum Schutz der Sprache rufen. Wir können unsere Sprache auch anders stärken; jeder kann dabei mithelfen. Den Schulen kommt dabei eine besonders wichtige Funktion zu. Aber die ganze Gesellschaft muss sich zu ihrer Verantwortung bei der Pflege unserer Sprache bekennen und einen Beitrag leisten. **UD**



## Umfragedaten in den Keller gestürzt

*Die Bilanz der Bundesrepublik und ihrer Regierung: ■ Beim Wachstum sind sie das Schlusslicht in Europa. ■ Bei der Bildung liegen sie am Ende der Weltrangliste. ■ Die Arbeitslosenzahlen steigen. ■ Die Kosten im Gesundheitswesen klettern weiter. ■ Die Rentenkasse hat neue Löcher. ■ Die Regierung hat die meisten Versprechen nicht eingelöst. ■ Der Reformstau hat sich neu gebildet. Es ist – kurzum – ein Desaster. Viele deutsche Regierungen fallen einem nicht ein, die so miserable Daten hatten. Und keine einzige, die trotzdem noch stabil dagestanden hätte. Objektiv ist die Lage so, dass der Kanzler vor dem Sturz stehen und die Umfragewerte der SPD in den Keller sinken müssten.*

Tagesspiegel

## Die Quittung

Auf einen historischen Tiefpunkt ist, wie infratest/dimap ermittelt hat, die Bewertung der wirtschaftlichen Lage gelangt. Vier von fünf Deutschen halten die Entwicklung der Konjunktur in Deutschland für

## Alternative: Links-Regierung oder bürgerliche Mitte

**Dass es der SPD-Führung mit Bundeskanzler Schröder einzig und allein um die Macht geht – das hat Rot-Rot in Berlin den Wählerinnen und Wählern in Deutschland mit nicht zu überbietender Deutlichkeit vor Augen geführt.**

Die Alternative heißt deshalb: Links-Regierung oder bürgerliche Mitte.

Seitdem Klaus Wowereit nach einem offenbar niemals wirklich ernst gemeinten Zwischenspiel mit einer „Ampel“ aus SPD, Grünen und FDP jetzt in größter Einvernehmlichkeit mit Gregor Gysi und der SED-Nachfolgepartei verhandelt, sehen wir unsere



Chancen als Partei der Mitte steigen.

Das ist aber auch alles, was wir, wenn wir auf Berlin sehen, begrüßen. Leider müssen die Bürgerinnen und

Bürger der Bundeshauptstadt auslöffeln, was die Sozialdemokraten angeordnet haben, als sie die große Koalition sprengen, um Neuwahlen zu erzwingen. Sie werden die Quittung dafür erhalten.

Jede Glaubwürdigkeit hat bei der ganzen Sache SPD-Generalsekretär Müntefering verloren. Niemand nimmt es ihm mehr ab, wenn er eine Koalition mit der PDS auf Bundesbene ausschließt. Das Beispiel der Berliner Genossen straft ihn Lügen.

negativ und erwarten so rasch keine Besserung.

Die Zufriedenheit mit der Bundesregierung ist vor diesem Hintergrund auf 35 Prozent zurückgegangen, was einen Verlust von sechs Punkten seit November bedeutet.

Ganz besonders trifft die massive Kritik an der Regierung den Bundeskanzler. Selbst wenn er immer noch über 59 Prozent positiver Bewertung verfügt, hat die Zufriedenheit mit seiner Arbeit um 10 Prozentpunkte abgenommen.



HERMANN KUES:

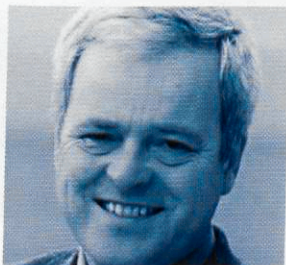
# Den Karlsruher Richterspruch zu LER jetzt fair **umsetzen**

**Zum Kompromissvorschlag des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen LER erklärte der Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften:**

Eine gute Basis für die Einbeziehung des Religionsunterrichtes als gleichberechtigtes Fach neben dem Unterricht in Lebenskunde-Ethik-Religion (LER). Der Vorschlag enthält aber auch Formulierungen, die eine gewisse Gestaltungsfreiheit zu Ungunsten des Religionsunterrichtes zulassen.

## Vorschlag ohne Wenn und Aber akzeptieren

Es kommt jetzt deshalb darauf an, dass die SPD innerhalb der Brandenburger Landesregierung diesen Vorschlag ohne Wenn und Aber im Sinne der Karlsruher Richter akzeptiert und ihn fair in entsprechende gesetzliche Regelungen umsetzt. Wer zu dem jetzt akzeptierten Verfahren A gesagt hat, sollte auch zur fairen Umsetzung B sagen.



Dann kann nicht nur ein langwieriges Verfahren beim Bundesverfassungsgericht entfallen.

Trotz des vorliegenden Etappensieges für die Situation in Brandenburg kann das Ergebnis kein Vorbild für Berlin sein. Gerade auch durch den hier viel größeren Einfluss weiterer Religionen muss in Berlin eine Regelung nach dem Muster der anderen Bundesländer Einzug halten. Es kann nicht sein, dass Islam-Unterricht gerichtlich erstritten wird, während sich die SPD außerstande sieht zum ak-

tiven Einsatz für christlichen Religionsunterricht.

Religion lebt von der Überzeugung, mit der sie vermittelt wird

Besonders in Zeiten, in denen moralische und Wertefragen zunehmend an Bedeutung gewinnen, spricht alles für einen wertbezogenen Religionsunterricht als Pflichtwahlfach. Religion lebt von der Überzeugung, mit der sie vermittelt wird. Nichts kann deshalb den eigenen Unterricht der Kirchen ersetzen. Gerade ein liberaler Staat darf sich nicht das Monopol auf die Werterziehung anmaßen, sondern muss alle großen Religionsgemeinschaften an dieser wichtigen Aufgabe beteiligen. Die SPD muss klären, ob sie Religionsunterricht lediglich dulden oder offensiv fördern will.

**MIT 94,87 % DER STIMMEN** ist Hans-Gert Pötering als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) und Europäischer Demokraten (EVP-ED-Fraktion) im europäischen Parlament für weitere zweieinhalb Jahre bis zum Ende der Legislaturperiode 2004 wiedergewählt worden.

# Hilfe und Unterstützung für Afghanistans Frauen

Zum aktuellen Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Frauenrechte in Afghanistan durchsetzen und stärken – Frauen an politischen Prozessen beteiligen“ erklärten die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Annette Widmann-Mauz**, der Sprecher für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hermann Gröhe**, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Maria Eichhorn**, und die zuständige Berichterstatterin, **Erika Reinhardt**:

Die Befreiung Afghanistans vom Taliban-Regime durch die USA und ihre Alliierten bietet die Chance, die Menschenrechte in Afghanistan wiederherzustellen und damit auch die Rechte der Frauen durchzusetzen und zu stärken. Denn: Frauenrechte sind Menschenrechte!

Im Zuge der bevorstehenden inneren Neuordnung Afghanistans nach der Petersberger Vereinbarung



A. Widmann-Mauz



H. Gröhe



M. Eichhorn



E. Reinhardt

darf sich die Bundesrepublik Deutschland ihrer Verantwortung nicht entziehen. Neben einer Beteiligung der Bundeswehr an einer Schutz-Mission in Afghanistan sind auch weitere Hilfsmaßnahmen erforderlich, die der schwierigen und vorwiegend katastrophalen Situation der Frauen in Afghanistan gerecht werden.

## Nachdrückliche Aufforderung an die Adresse der Bundes- regierung

Wir sind uns dieser umfassenden Verantwortung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus bewusst und fordern die Bundesregierung in unserem Antrag „Rechte der Frauen in Afghanistan durchsetzen und stärken – Frauen an po-

litischen Prozessen beteiligen“ nachdrücklich auf:

- sich für eine stärkere Beteiligung von Frauen bei den Planungen für die Zukunft Afghanistans einzusetzen;
- sich für eine stärkere Beteiligung von Frauen bei allen internationalen Konferenzen über die zukünftige Entwicklung in Afghanistan einzusetzen;
- Menschenrechtsorganisationen, die sich für die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen an Frauen in Afghanistan einsetzen, wirkungsvoll zu unterstützen;
- zu prüfen, ob und wie die „Revolutionary Association of the Woman of Afghanistan“ (RAWA) in ihrer politischen und gesellschaftlichen Arbeit unterstützt werden kann;
- bei der Konzeption der Zusammenarbeit mit Af-



## FRAUEN-UNION: SPENDEN SIE FÜR FRAUEN IN AFGHANISTAN

Damit Frauen in Afghanistan wieder eine Zukunft haben, hat die Welthungerhilfe gemeinsam mit „Shuhada“ ein Projekt für Frauen ins Leben gerufen. Auch die Frauen-Union möchte ihren Beitrag dazu leisten und das Projekt unterstützen. Helfen Sie mit!

- Deutsche Welthungerhilfe
- Spendenstichwort der Frauen-Union „Frauen für Afghanistan“
- Sparkasse Bonn
- Kontonummer 1115
- Blz: 380 500 00

Aus dem Weihnachtsbrief der Vorsitzenden der Frauen-Union Maria Böhmer:

### Liebe Frauen,

angesichts der Terroranschläge vom 11. September erfährt das Weihnachtsfest eine ungewohnte Dimension:

Militante fundamentalistische Ideologen haben ihre Anhänger dazu gebracht, ohne Rücksicht auf Menschenleben Tausende mit einem Schlag auszulöschen: Männer, Frauen, Kinder. Gleichzeitig sind sie mit brutaler Verfolgung von Frauen unterwegs, die mit ihren Kindern in großer Zahl Opfer von Gewalttätigkeit und Mord sind – unschuldige Opfer von Hunger und Vernichtung.

Unser erstes Anliegen ist daher die humanitäre Hilfe, für die wir Sie um Unterstützung bitten. Wir rufen Sie auf, Frauen und Kindern in Afghanistan in nahezu aussichtsloser Lage beizustehen – in ihrem Kampf gegen Terror, Hunger und Kälte.

Die Frauen-Union hat sich einem Projekt der Deutschen Welthungerhilfe mit der Präsidentin Ingeborg Schäuble angeschlossen und bittet Sie um Spenden.

Unsere Solidarität soll auch deutlich machen, wie unendlich wichtig es für eine friedliche Welt ist, dass Männer und Frauen gemeinsam eine gute Zukunft gestalten.

Afghanistan den Bildungssektor prioritär zu behandeln und hierbei besonders die von dem Taliban-Regime zu verantwortenden Bildungsdefizite von Frauen und Mädchen zu beheben;

■ als weiteren prioritären Bereich für die Zusammenarbeit mit Afghanistan dem Gesundheitssektor (einschließlich des Segments der reproduktiven Gesundheit) besondere Bedeutung beizumessen und hierbei insbesondere die unter dem Taliban-Regime kaum existierende medizinische Versorgung

für Frauen und Mädchen dringend zu verbessern;

■ die politischen Stiftungen in Deutschland aufzufordern und zu unterstützen, in Afghanistan bei der Erarbeitung und Durchsetzung der Grundlagen für die politische Beteiligung von Frauen mitzuwirken sowie die politische Bildung für Frauen und Mädchen zu fördern;

■ vor dem Hintergrund der Berufsverbote für Frauen unter dem Taliban-Regime der beruflichen Ausbildung in der Zusammenarbeit mit Afghanistan einen besonderen

Stellenwert einzuräumen;

■ ein Hilfsprogramm für Frauen und Kinder in Afghanistan und in Flüchtlingslagern der Nachbarländer ins Leben zu rufen;

■ auf die Wiedereinführung bzw. Durchsetzung der Schulpflicht für Mädchen hinzuwirken;

■ bei den Bedingungen für die Vergabe von Wiederaufbauhilfe und Entwicklungszusammenarbeit für Afghanistan ein besonderes Augenmerk auf die Beachtung der Menschenrechte der Frauen zu legen. **UD**



KLAUS-JÜRGEN HEDRICH  
UND CHRISTIAN RUCK:

## Bundesregierung nimmt **globales** **Problem** der Überbevölkerung auf die leichte Schulter

Zum neuesten Weltbevölkerungsberichts erklärten der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und deren Obmann im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

Drastisch wird uns vor Augen geführt, wie rasant die Weltbevölkerung weiter wächst – von heute sechs Milliarden Menschen auf neun im Jahr 2050 – und welche gravierenden globalen Konsequenzen sie nach sich zieht: ■ schlimme Umweltbelastungen, ■ knappe Nahrungs- und Wasserressourcen, ■ dramatisch zunehmende Armut.

Besonders in den Entwicklungsländern wird dies zu noch größerer Verelendung und noch schärferen sozialen Spannungen führen, was wiederum dortige Radikalisierungstendenzen fördern und das Risiko terroristischer Strömungen begünstigen könnte. Deshalb wäre ein in-

## Historische **Verantwortung** für Russlanddeutsche

Ganz im Zeichen der historischen Verantwortung Deutschlands für die Russlanddeutschen, die bis heute unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs leiden, stand die Fachtagung „Aussiedler – Integration“ der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 2. bis 4. Dezember in Wendgräben bei Magdeburg.

Auf diese Verantwortung auch der Christen hat Bischof Klaus Wollenweber aus Görlitz, Beauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland für die Aussiedler, hingewiesen.

Wichtige Informationen über mögliche Hilfen bei der beruflichen Bildung und der Vermittlung in Betriebe insbesondere für jugendliche Aussiedler gaben Vertreter des Arbeit-

samt Waldbröl/Rheinland und Aussiedlerbeauftragte aus allen Regionen der Bundesrepublik.

Eingehend befasste sich die Fachtagung mit der Frage, wie der Deutschunterricht für Aussiedler in Zukunft aussehen soll. Die Konferenz forderte in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung, endlich ein klares Konzept über die Finanzierung künftiger Integrationsaufgaben überhaupt vorzulegen.

Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär a. D., berichtete von zahlreichen Aussiedlern, die bei den letzten Kommunalwahlen über Listen der CDU in Stadträte, Gemeinderäte und Kreistage gewählt worden sind.

tensives Engagement der Bundesregierung notwendiger denn je. Aber die rot-grüne Politik geht in die entgegengesetzte Richtung: Der Entwicklungshaushalt befindet sich im Abwärtstrend. Die deutschen Beiträge für das UN-Bevöl-

kerungsprogramm UNFPA wurden gegenüber 1998 so gut wie halbiert. Wir appellieren an die Bundesregierung, sich endlich dieses Themas anzunehmen und die notwendigen finanziellen Mittel dafür wieder zur Verfügung zu stellen.



**EHRENAMTLICH** sind in Deutschland 22 Millionen Menschen engagiert. Diese Zahl nennt der Materialienband der Bundestags-Enquetekommission „Bürger-schaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“, der Anfang Dezember veröffentlicht worden ist. Im Trend: Anstelle der festen Bindung der Bürger an Vereine, Parteien oder Gewerkschaften entstehen immer mehr lose Zusammenschlüsse in Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen, mit denen auch eher „lose“ Engagements einhergehen, die sich durch Befristung auszeichnen.

### UMSATZAUSFÄLLE

Sind die Folge zunehmender Unzufriedenheit bei Verbrauchern über Massenabfertigung per Fernsehwerbung, E-Mail-Marketing und Shopping im Internet. 80 Prozent aller Nutzer geben an, im letzten Jahr mindestens einmal beim Einkauf im Web gescheitert zu sein. Jeder Zweite ärgert sich darüber, dass das gewünschte Produkt nicht zu finden ist. Höhe des Umsatzverlusts durch mangelhafte Kundenbetreuung: ca eine Mrd. Euro. Mit Personalisierungs- und Assistenztechnologien soll das Tante-Emma-Prinzip einziehen und die „plumpe Massenabfertigung“ beenden.

**Abonnementspreis UiD:** Nach vier Jahren unveränderter Abo-Preise sieht sich die Union Betriebs GmbH (UBG) auf Grund gestiegener Kosten vor allem bei Druck und Papier gezwungen, den Abo-Preis für „Union in Deutschland“ zu erhöhen. Ab 1. Januar 2002 beträgt der Jahresbezugspreis für die 40 Ausgaben von „Union in Deutschland“: 32,-€, der Einzelpreis pro Heft: 1,-€. Diese Erhöhung macht weniger als fünf Prozent aus.

**LEBENSFREM** sind nach Meinung von Hans-Ulrich Gründer, Professor für Schulpädagogik an der Uni Tübingen, die deutschen Schulen als Institutionen für Wissenserwerb in einem Schonraum jenseits des alltäglichen Lebens. Immer noch 95 Prozent Frontalunterricht sorgen nicht für Abwechslung, Forderungen nach mehr Unterrichtsstoff nicht für Abhilfe. Gefragt dagegen sei: den Schülern beibringen, Lerninhalte auf Alltagssituationen flexibel anzuwenden.

**IN BETREUTEN** Wohnformen kommen im Rahmen der Jugendhilfe immer mehr junge Menschen unter. Gegenüber 1993 hat sich nach Angaben des Statistischen Bundesamts im letzten Jahr der Anteil derer, die in einer sozialpädagogisch betreuten Wohngemeinschaft wohnen, von acht auf 15 Prozent erhöht. Demgegenüber wurden im vergangenen Jahr nur noch 80 Prozent der insgesamt 27.800 betroffenen Kinder, Jugendlichen und

jungen Erwachsenen unter 27 Jahren in einem Heim untergebracht.

**SELBSTKRITISCH** beurteilen Arbeitnehmer in Deutschland ihre eigene Arbeitsleistung im Vergleich zu der von Kollegen. Das ist das überraschende Ergebnis einer vom weltweit größten Karriere-Netzwerk Monster.de ([www.monster.de](http://www.monster.de)) durchgeführten Online-Umfrage, die Reaktionen auf Gehaltsunterschiede ermittelte. 70 Prozent der Beschäftigten suchen danach die Ursache zunächst bei sich selber, wenn ihre Arbeit geringer vergütet wird als die eines Kollegen.

**7000 VERKEHRSTOTE** werden insgesamt in diesem Jahr zu beklagen sein, wie die Eckdaten über das Unfallgeschehen auf der Straße von Januar bis Oktober erwarten lassen. Das sind 7 Prozent oder 500 Personen weniger als im Jahr 2000: die niedrigste Zahl an Verkehrstoten seit Einführung der Statistik 1953. **UID**

ANGELA MERKEL:

# Der Euro wird die politische Union voranbringen

**In drei Wochen ist es so weit: Mit dem Jahreswechsel 2002 werden die Menschen in zwölf europäischen Staaten künftig nur noch mit Euro-Scheinen und Cent-Münzen bezahlen können. Dieses historische Datum war für die Konrad-Adenauer-Stiftung Anlass, zu einem Kongress zum Thema: „Der Euro – Gemeinsame Währung für eine gemeinsame Zukunft“ einzuladen.**

In seiner Begrüßungsansprache sagte der thüringische Ministerpräsident und Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, am 10. Dezember in Berlin: „Der Euro ist ein Kind christdemokratischer Eltern, auf das wir stolz sind.“ Die gemeinsame Währung werde sich als „leistungsstarker Motor für die Reform nach innen und für die Realisierung der EU-Osterweiterung erweisen“.

Die Parteivorsitzende Angela Merkel machte deutlich, dass CDU und CSU eng mit der Geschichte des Euro verbunden seien. Dies treffe auch auf die beiden anderen

großen Währungsumstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu: auf die Währungsreform 1948 und auf die Einführung der D-Mark als offizielles Zahlungsmittel am 1. Juli 1990 in der DDR. In diesem Zusammenhang dankte Angela Merkel ausdrücklich Altkanzler Helmut Kohl, dem ehemaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel und dem früheren Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer dafür, dass sie den neuen Ländern ungeachtet aller Cassandra-Rufe mit der D-Mark eine neue Perspektive eröffnet hätten.

---

## Stets ging die Einführung einer neuen Währung einer neuen politischen Ordnung voraus

Angela Merkel: „Wenn wir die D-Mark-Einführung von 1948 und 1990 betrachten, sehen wir, dass die Einführung einer neuen Währung stets der Einführung einer neuen politischen Ordnung vorausging.“ Diese Reihenfolge

gelte auch für Europa: Hier gehe die Einführung einer gemeinsamen Währung der Verabschiedung eines Verfassungsvertrages durch die nächste Regierungskonferenz voraus. Auf diese Weise werde die politische Einigung Europas unumkehrbar, bekräftigte Merkel.

Der Euro sei jedoch nicht nur ein politisches Projekt, sondern vor allem auch ein wirtschaftliches Integrationsprojekt, mit dem eine auf Wachstum und Stabilität orientierte Wirtschafts- und Währungsordnung in Europa eingeführt werde. Die Parteivorsitzende bezeichnete es als „infam“, dass Schröder und sein Finanzminister heute so tun würden, als ob erst Rot-Grün mit einer „stabilen Finanzpolitik begonnen“ habe. Stattdessen liege die Neuverschuldung Deutschlands bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2001 zwischen 2,5 und 2,7 Prozent und reiche nächstes Jahr gefährlich nahe an den erlaubten Grenzwert von 3,0 Prozent heran.

Während Schröder die Schuld an der deutschen



Wachstumsschwäche auf die Weltkonjunktur und den 11. September abzuschleichen, seien die Ursachen in Wahrheit hausgemacht. Der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands liege in einer klaren Ordnungspolitik. Rot-Grün verharre jedoch in alten Strukturen und bringe nicht den Mut auf, sich auf die neuen Herausforderungen einzustellen und alte Besitzstände abzuschaffen.

### Rot-Grün hat die guten Beziehungen zu den kleineren EU-Partnerstaaten vernachlässigt

Im Gegensatz zur Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl habe sich das deutsch-französische Verhältnis unter Schröder nicht weiterentwickelt und könne inzwischen nur noch als „leiblos“ bezeichnet werden. Auch die unter Helmut Kohl guten Beziehungen zu den kleineren EU-Partnerstaaten habe Rot-Grün vernachlässigt. Umso wichtiger sei es nun, die Osterweiterung als historische Pflicht zu begreifen und die Beitrittskandidaten als Bereicherung der Europäischen Union willkommen zu heißen.

## Aufruf zur Geschlossenheit

**Zu Geschlossenheit und einem kohärenten gemeinsamen Ansatz der Mitglieder der politischen Familie, die in der Europäischen Volkspartei und der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament zusammengeschlossen sind, im Rahmen des Konvents zur Vorbereitung der weiteren Reform der Europäischen Union, hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pötering, aufgerufen.**



*V.l.n.r.: Markus Ferber, MdEP, Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EP, Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, EVP-ED-Fraktionsvorsitzender Hans-Gert Pötering, MdEP, Hartmut Nassauer, MdEP, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im EP, Michael Glos, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

Bei dem zweiten Treffen von EVP-Fraktionsvorsitzenden aus dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten am 4. und 5. Dezember in Brüssel habe völlige Einigkeit darüber bestanden, dass die politische Familie der EVP im Rahmen des Konvents eine geschlossene Haltung vertreten müsse und zwar nicht nur unter Einbeziehung der parlamentarischen Vertreter, sondern auch der Regierungsvertreter, erklärte Pötering in Brüssel.

Sobald die EVP-Vertreter für den Konvent ernannt

seien, solle ein Treffen stattfinden, bei dem das gemeinsame Programm und Vorgehen im Konvent festgelegt werden müsse. Auch die Treffen der EVP-Fraktionsvorsitzenden werden im Rahmen des Konvents eine wichtige Rolle spielen und die politischen Kontakte weiter intensivieren. Diese Treffen werden deswegen regelmäßig fortgesetzt. Sie könnten möglicherweise auch im Wechsel in Brüssel und in Hauptstädten des Landes der jeweiligen Ratspräsidentschaft stattfinden, schlug Pötering vor.

# Umstellung der Finanz- und Beitragsordnung auf Euro

## Die nachfolgenden Bestimmungen gelten ab dem 1. Januar 2002:

■ Die in § 3 (Spenden) Finanz- und Beitragsordnung (FBO) und § 4 (Spendenrichtlinien) FBO angegebenen Betragsgrenzen von DM 1.000,- werden gemäß Artikel 5 der Verordnung 1103/97 über Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung des Euro mit dem Faktor 1,95583 umgerechnet und betragen Euro 511,29. Der Betrag von DM 20.000,- entspricht Euro 10.225,84.

■ Die in § 4 (Spendenrichtlinien) FBO festgelegte Beitragsgrenze von DM 3.000,-

für die Einnahme von Bar-spenden wird der Einfachheit halber auf Euro 1.500,- gerundet (dieser Betrag ist nicht Inhalt des Parteiengesetzes).

■ Die in § 25 (Rechnungslegung) FBO festgelegte Be-

### BESCHLUSSE 11

tragsgrenze für Bargeldkassen auf Bundesebene von DM 20.000,- wird der Einfachheit halber auf Euro 10.000,- umgerechnet (dieser Betrag ist nicht Inhalt des Parteiengesetzes).

■ Der Beitragsanteil der Kreisverbände von DM 1,25 wird ebenso wie der be-

schlossene Sanierungsbeitrag der Kreisverbände (Beschluss D 1, Ziffern 1 und 2 des 13. Parteitags der CDU Deutschlands vom 9. bis 11. April 2000 in Essen) mit dem offiziellen Umrechnungsfaktor umgerechnet. Der Betrag von DM 2,25 (Beitragsanteil DM 1,25 + Sanierungsbeitrag DM 1,- [pro Mitglied und Monat = Euro 0,51]) entspricht dann Euro 1,15.

■ Die Richtwerte zur Selbsteinschätzung der Beitragshöhe (Beschluss D 1, Ziffer 4.3 des 13. Parteitags der CDU Deutschlands vom 9. bis 11.4.2000 in Essen) werden der Einfachheit halber wie folgt umgerechnet:

## Richtwerte zur Selbsteinschätzung der Beitragshöhe

**Mtl. Bruttoeinkommen  
Euro**

**Mtl. Beitrag  
Euro**

bis 1.000,-

5,-

bis 1.500,-

5,- bis 10,-

bis 2.000,-

10,- bis 15,-

bis 2.500,-

15,- bis 20,-

bis 3.500,-

20,- bis 35,-

bis 5.000,-

35,- bis 50,-

über 5.000,-

50,- und mehr

[http://](http://www.cdu.de/mitmachen/aufn6.pdf)

Das Formular des Aufnahmeantrags zum Eintritt in die CDU mit Euro-Beiträgen finden Sie im Internet unter:  
[www.cdu.de/mitmachen/aufn6.pdf](http://www.cdu.de/mitmachen/aufn6.pdf)



„MUT ZUR MACHT IN FRAUENHAND“

# Macht ist nicht unweiblich oder unmoralisch, sondern notwendig

„Mut zur Macht in Frauenhand“ heißt die im Herbst 2001 von der Frauen-Union herausgegebene Anthologie des Busse-Seewald Verlags. Sie ist eine facettenreiche Sammlung von Beiträgen, die mit Visionen und Meinungen zum partnerschaftlichen Miteinander von Männern und Frauen in der Politik aufwartet.

Jenseits von trockenen Sachstandsberichten bietet dieses Buch einen vielfältigen Überblick über den meist schwierigen Weg christdemokratischer Frauen in die Politik und damit auch ihren Weg zur Macht. Dieses Werk ist eine Bilanz ihrer Arbeit für und mit Frauen, die heute eine gesellschaftliche Stellung und soviel Einfluss wie noch nie erlangen haben.

Herausgekommen ist eine selbstkritische Standortbeschreibung der Frauen-Union, die im Vorhof der Macht, aber noch lange nicht im Zentrum angekommen sind, so Herausgeberin Rita Süßmuth, die 15 Jahre an der Spitze der 153.000 umfassen- den Organisation der weiblich-



chen Mitglieder der CDU gestanden hat.

Frauenfrage ist viel mehr als nur eine Geschlechterfrage, sondern eine der zentralen Gesellschafts- und Politikfragen. Ohne Frauen sind die Herausforderungen der Zukunft gar nicht zu meistern. Verantwortung lautet der zentrale Begriff der Zukunft. Die in diesem Band gebündelten Beiträge jüngerer und älterer Politikerinnen aus Ost und West dokumentieren – teils auf eine sehr persönliche Art –, welches Engagement die christdemokratischen Frauen in die ganz unterschiedlichen Ebenen und Etagen der Politik eingebracht haben: Kommunalpolitik, Landes-

politik, Gleichstellungsbeauftragte, Landfrauen, Europapolitikerinnen und viele andere.

Der Band erfüllt zudem erstmals die längst überfällige Aufgabe, die ganz unterschiedlichen Sichtweisen aus Ost und West zusammenzutragen. Er enthält die Sichtweise von Unionspolitikerinnen aus der ehemaligen DDR und bildet sie auf die gesamtdeutsche Politik ab. Selbstbewusst ziehen Christdemokratinnen mit Osterfahrung eine Bilanz der Gewinne, aber auch der Verluste, Einblicke, die sehr nachdenklich machen.

Angela Merkel resümiert nüchtern „Macht ist nicht unweiblich oder unmoralisch, sondern notwendig. Diese Anstrengung kann uns keiner abnehmen, und nimmt uns keiner ab.“

Im Buchhandel ist „Mut zur Macht in Frauenhand“ (ISBN-Nummer 3-512-03244-3) für 39,80 DM erhältlich. Für CDU-Mitglieder kostet der Band nur 20,- DM.



## BERLIN

## Unmoralisch

Was sich derzeit auf der landespolitischen Bühne der Bundeshauptstadt abspielt, ist beschämend. Es entspricht in keinem Punkt den Erwartungen, die man an Politik gerade im Zentrum der Macht haben muss. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit ist mit dem Versuch gescheitert, mit Grünen und Liberalen zusammenzugehen. Vier lange, quälende und für Berlin verlorene Wochen gingen ins Land, ohne dass es zum Ergebnis kam. Der Ablauf der Dinge verstärkt den Verdacht, dass hier jemand am Werk war, der gar kein Ergebnis wollte. Wowereit ist ja nur durch Gerhard Schröder daran gehindert worden, gleich mit seinem Lieblingspartner, der PDS, zu verhandeln. Jetzt ist er wieder da, wo er hinwollte. Man muss sich das einmal vorstellen: Ausgerechnet in der Stadt der Mauer werden künftig aller Wahrscheinlichkeit nach die

Erben der SED regieren. In der Stadt, die nur durch den Beistand der Alliierten ihre Freiheit bewahren konnte, kommen Politiker an die Macht, die heute als einzige in Deutschland jenen Amerikanern und Briten die Unterstützung in der Anti-Terror-Koalition verweigern. Das ist, wenn es so kommt, ahistorisch und unmoralisch.

Generalanzeiger, Bonn

## Vom Kreidefressen keine Spur

Das neue Liebeswerben der Berliner SPD um die PDS war noch keine 24 Stunden alt, da zeigten die SED-Nachfolger schon wieder ihr wahres Gesicht. Natürlich werde es mit ihnen keine Beteiligung der Bundeswehr an einer Friedenstruppe geben. Und im Wahlkampf wolle man die Auflösung der Nato fordern. Vom Kreidefressen keine Spur. Mit bemerkenswerter Deutlichkeit zeigt die PDS, dass sie weiterhin eine extrem linke Partei sein will, die eine extrem linke Politik durchsetzen möchte. Die Welt

## Planlos

Bekanntermaßen ging die Planwirtschaft Ostberlins unter anderem wegen ihrer Finanzlage unter. Immer mehr Geld wurde benötigt, um einen immer unproduktiveren Apparat zu finanzieren. Die SED hatte keine Wahl, als sich 1989 geschlagen zu geben. Dank der vermeintlichen Überlegenheit des Westberliner Systems konnten sich die Regierungsparteien dort dagegen vor den Schwächen ihrer Planwirtschaft mehr als zehn Jahre verstecken. Das von einer großen Koalition steuerfinanzierte Desaster bei der Bankgesellschaft Berlin wurde zum verspäteten Symbol der Verfehlungen auch dieses Systems. Allein 2002 fehlen dem Landeshaushalt 10,2 Mrd. DM. Als Antwort will nun die Berliner SPD alles beim Alten lassen. Den Störenfried FDP hat sie vertrieben. Mit der PDS im Boot, werden die alten Strukturen der Stadt kaum ernsthaft gefährdet sein. Der aufgeblähte Verwaltungsapparat (mit seinen vielen Parteimitgliedern) wird nicht die



Gründungsjahr 1920

Schrumpfkur verordnet bekommen, die er eigentlich braucht. Berlin wird mit dem Abbau der über eine Generation angehäuften Ausgabenposten nicht ernsthaft angehen. Stattdessen wird Rot-Rot wohl die Steuern noch weiter erhöhen.

Financial Times Deutschland

## PISA

### „Kollektive Legasthenie“

Das war der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Schule. Bisher konnte man sich ja trösten, unsere Schulen seien vielleicht kein Vergnügen, aber doch effektiv. Oder man nahm das Gegenteil in Anspruch: Hauptsache, es geht den Kindern gut, Leistung ist nicht so wichtig. Nun zeigt sich, in der deutschen Schule ist nur eines gewiss: ihre Leistungsschwäche. Hatte vor vier Jahren die Timss-Studie unseren Schülern Matheschwäche bescheinigt, so diagnostiziert nun Pisa, der bisher größte und ausgeklü-

gelste Schülertest, kollektive Legasthenie. Die Welt

## GESUNDHEIT

### Ulla Überall

Welche Reform hätten Sie gern? Ein bisschen mehr Heilung per Hausarzt? Oder das Ende der Ärztekartelle? Oder weniger Privilegien für Apotheken? Wer in diesen Tagen das Stakkato der Reformvorschläge zum Gesundheitswesen hört, staunt nur. So viel Bewegung war nie, besonders von der zuständigen Ministerin Ulla Schmidt. Fast jeden Tag erschreckt sie die Öffentlichkeit mit neuen Plänen. Mal will sie das System behutsam ändern, dann die Monopole knacken. Mal sucht sie den Konsens, dann die Konfrontation. Ulla Überall. Die Betriebsamkeit hat einen Grund: Die SPD-Politikerin fürchtet um ihren Job. Ihr bisheriger Kurs, die Ärzte bei guter Laune zu halten, ist gescheitert.

Süddeutsche Zeitung

## KLAGE

### Kind als „Schaden“

Ist materielle Absicherung wichtiger als seelische Stabilität? Diese Fragen wird sich ein Elternpaar, das wegen der Geburt eines behinderten Kindes bis vor den Bundesgerichtshof zog, vielleicht irgendwann stellen müssen. Sie hatten Frauenärzte verklagt, weil diese sie nicht darauf hingewiesen hatten, dass eines der 1995 geborenen Zwillingmädchen körperlich behindert sein würde. Hätten die Eltern das gewusst, so der Tenor der Klage, wären beide Kinder mit hoher Wahrscheinlichkeit abgetrieben worden. Nun also müssen Schadenersatz gezahlt werden – die Richter lehnten dies ab. Der Gedanke tut weh, sich vorzustellen, dass dieses Kind irgendwann erfahren wird: Es war so, wie es ist, nicht gewollt. Es war Gegenstand einer Klage, weil es wegen körperlicher Missbildungen in einem Rollstuhl sitzen muss.

Die Welt



**CDU-Geschenk-  
papierrolle**

75 cm x 10 m  
1 Rolle: 14,90 DM/  
7,62 €

**blau**

Best.-Nr.: **0302**

**rot**

Best.-Nr.: **0303**

**CDU-Geschenkband**

10 mm x 25 m  
Best.-Nr.: **0306**  
1 Rolle: 11,90 DM/  
6,08 €



**Kerzenstumpen**

**„100% ÖK.O.-Steuer-frei**

Best.-Nr.: **9700**  
24 Expl.: 48,00 DM /  
24,54 €



**Sektflaschentasche**

25 Expl.: 27,50 DM/  
14,06 €

**blau**

Best.-Nr.: **0304**

**rot**

Best.-Nr.: **0305**

**Papiertaschentücher**

Best.-Nr.: **9637**  
126 Expl.: 45,00 DM/  
23,01 €



**Siegelmarke „CDU“**

ovale Silberfolie 34 x 25 mm  
Best.-Nr.: **0307**  
Rolle à 100 Expl.: 7,50 DM/  
3,83 €

**BESTELLANSCHRIFT**

Bertelsmann Distribution GmbH  
– IS-Versandzentrum –  
Postfach 1162,33759 Vermold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de

*Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen*





**CDU-Eiskratzer**

Best.-Nr.: **9890**  
 100 Expl.: 89,00 DM/  
 45,50 €



**Schal,  
 schwarz-rot-gold**

Best.-Nr.: **9362**  
 1 Expl.: 9,45 DM/  
 4,83 €

**Advents-  
 und  
 Weihnachtslieder**



**CDU**

**Weihnachtsliederbuch**

Best.-Nr.: **2867**  
 25 Expl.: 24,75 DM/  
 12,65 €

**Ausstechformen-Set für  
 CDU-Gebäck**



Best.-Nr.: **9109**  
 10 Sts.: 17,00 DM/  
 8,69 €

**Weihnachts-CD**

Best.-Nr.: **9300**  
 1 Expl.: 7,00 DM/  
 3,58 €





Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.

Gegenanzeigen: Kann in Belastungssituationen zu Orientierungslosigkeit, vermindertem Urteilsvermögen und Handzittern führen.



### Postkarte „Rot-Grüne Pille“

Best.-Nr.: 9786

100 Expl.: 13,50 DM/6,90 €



### Broschüre: Der Euro kommt

Informationen und Tipps rund um die Euro-Einführung

Bestell-Nr. 5780

Preis je 50 Expl. 24,00 DM/15,34 €

Dein Weg in die Zukunft.



Chancen nutzen

CDU

### Broschüre „Jugend“

Best.-Nr.: 5788

25 Expl.: 17,50 DM/6,39 €

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 75 10 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.